

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung im Hause in Groß-Berlin 1.50 M. im voraus jährlich, bei Postbestellung monatlich 1.50 M. erst-Zustellungsgebühr, bei Zustellung unter Streifenband 2.75 M. (Deutschland und Ostpreußen) für das Abzugs-Konto 1.50 M. zuzüglich Devisenaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Bestellen Sie die „Freiheit“ durch den Postamt-Versand oder durch den Namen ein. Anzeigenpreisliste Nr. 120 III. Das Verlagsbüro ist in der Friedrichstraße 120 III. Jedes weitere Wort 45 Pf. Anzeigen für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen.

Verantwortlicher: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9749

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die gesekwidrige Militäreherrschaft.

Ein neuer, unglaublicher Skandal.

Nach 13. Januar 1920 hat der Reichspräsident Ebert in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler Bauer und dem Reichswehrminister Roske die bekannte Verordnung erlassen, wonach auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihm umschlossenen Gebiete der Ausnahmezustand verhängt wurde. In der durch Wolffs Bureau dazu verbreiteten Begründung hieß es noch ausdrücklich: „Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen, und auf Württemberg und Baden eibt nötigenfalls vorbehalten. Die Verordnung ist also von der Voraussetzung ausgegangen, daß für Bayern und Sachsen ein Ausnahmezustand bereits bestände und daß es deshalb ein Ausnahmestadium sei, ihn für diese Gebiete nochmals zu verhängen. Es stellt sich nunmehr heraus, daß diese Voraussetzung falsch war. Für das Gebiet des Freistaats Sachsen hat damals kein Ausnahmezustand bestanden, für Sachsen besteht der Ausnahmezustand auch heute noch nicht. Alles, was dort auf Grund des Preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 verordnet, verfügt, verboten und bestraft wurde, war also vollkommen ungesetzlich.“

Das Verordnungsblatt Nr. 6 des Abwiegungsamts XII. A. A. vom 28. Januar enthält folgende Bekanntmachung:

Nr. 72 Ia. v. 17. 1. 20. Nr. 40. Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ich habe hiermit den am 23. April 19 von mir über das Gebiet des Freistaats Sachsen verhängten Belagerungszustand auf. Die auf Grund des Belagerungszustandes am 1. Januar der vorstehenden Gewalt erteilten Befehle werden mit der erteilten Bekanntmachung dieser Aufhebungsverordnung außer Kraft.

Berlin, d. 3. Januar 20 Der Reichspräsident Ebert Der Reichskanzler Bauer

Zusatz: Das Wehrkreiskommando nimmt an, daß die erteilten Bekanntmachungen durch die Staatsregierung erfolgen. Von hier aus werden nur die militärischen Dienststellen benachrichtigt.

Der Befehlshaber: Macker

Erst am 9. Februar ist im Reichsgesetzblatt folgende auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung für Sachsen erlassene Verordnung veröffentlicht worden: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich im Anschluß an die für andere Teile des Reichs am 13. Januar erlassene Verordnung auch für das Gebiet des Freistaats Sachsen folgendes:

§ 1. Jede Verletzung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Einstellung zu bringen, wird bestraft. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsanstalten, die für die Erzeugung von Wasser, Elektrizität und Kohle.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht die Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Berlin, den 20. Januar 1920. Der Reichspräsident Ebert.

Der Reichskanzler Bauer.

Zusgegeben zu Berlin den 9. Februar 1920.

Diese Verordnung entspricht inhaltlich ähnlichen Verordnungen, die im Rahmen des Ausnahmezustandes für die übrigen Teile des Reichs erlassen worden sind. Ihre Ausführung konnte nur von den zivilen Instanzen übernommen

werden, mit keinem Wort ist davon die Rede, daß die vollziehende Gewalt auf den Militärbefehlshaber übergegangen sei.

Auf Grund dieser Tatsachen stellen wir fest, daß für das Gebiet des Freistaats Sachsen kein Ausnahme- oder Belagerungszustand bestanden hat oder noch besteht, daß alle Maßnahmen, die von dem dortigen Militärbefehlshaber seit dem 13. Januar getroffen worden sind, verfassungswidrig, ungesetzlich und willkürlich sind.

Ungeheuer war das Verbot unserer Parteizeitungen in Sachsen, der „Leipziger Volkszeitung“, der „Chemnitzer Volkszeitung“, der „Unabhängigen Volkszeitung“ in Dresden, des „Volksblattes“ in Blauen. Ungeheuer war die Bestrafung des Geschäftsführers der „Leipziger Volkszeitung“ mit 2000 Mark Geldstrafe, weil er das gegen das Verbot erlassene Verbot bekanntgemacht und mit einer Randbemerkung versehen hatte.

Ungeheuer ist die Verhaftung des Genossen Bötscher von der „Leipziger Volkszeitung“, des Genossen Buchta in Blauen, einer Anzahl anderer Genossen, die noch heute in Schloßhaft sitzen.

Dieser Ungeheuerlichkeit muß sofort ein Ende gemacht, die Verhafteten unverzüglich auf freien Fuß gesetzt werden, alle Verurteilungen und Unternehmungen, die durch die willkürlichen Maßnahmen des Militärbefehlshabers in ihrer Person oder in der Sache verletzt worden sind, müssen sofort in vollem Umfange entschädigt werden.

Reaktionäres aus Jar-Mthen.

In München kam es am gestrigen Sonntag zu jüdenfeindlichen Demonstrationen, zu denen man schon tagelang vorher vorbereitet hatte. Die Kundgebungen richteten sich in erster Linie gegen den Zuzug der Ostjuden und den als jüdenfreundlich beschriebenen rechtssozialistischen Minister des Innern Endres.

Nach einem Bericht des „Volks-Anzeiger“ zog die Menge unter lautem Geschrei „Nieder mit den Juden!“ und patriotische Rieder rügend, zur Feldherrnhalle, um dort, und besonders unter den Fenstern des Ministers des Innern, ihre Kundgebungen fortzusetzen. Eine gewaltige Menschenmenge war versammelt, die zunächst die von der Freitreppe der Feldherrnhalle mit fortgesetztem Beifall begleiteten jüdenfeindlichen Ansprachen junger Leute verhältnismäßig ruhig anhörte. Als aber der eine mit den Worten schloß: „Nur eins hilft und noch: Einigkeit und Gewalt!“, da kam Bewegung in die Massen. Man drängte gegen das Ministerium des Innern, wozu einer der Redner die Demonstranten, nachdem er den Minister des Innern als Strohputz bezeichnet hatte, aufgefordert hatte. Von der nahe gelegenen wache eilten Mannschaften der Polizeiwache herbei, die auch unter großem Entrüstungsgeräusch Maschinengewehre aufstellten. Beim Minister war mittlerweile eine deutsch-jüdische Abordnung erschienen mit der Forderung: 1. Ausweisung der Ostjuden. 2. Ausweisung aller vom August 1918 (Zuzug: kein nein! 1914) zugezogenen Ausländer, vorbehaltlich weiterer Verschärfung; ferner: Wenn es sich als wahr erweise, daß Juden Einkäufe bei Sägewerkmaschinenherstellern gemacht hätten, dann Entziehung der rituellen Koch- und Zuckergulden und deren Zuweisung an Krankenhäuser. Der Minister versprach, die Forderungen am Montag im Ministerrat vorzulegen und für deren Durchführung zu sorgen. Diesen Erfolg verkündete namens der Abordnung Justizrat v. Jeschowitz von der Feldherrnhalle aus, und es gelang ihm im letzten Augenblick, die von Reichswehr und Polizeiwache nur noch mit Mühe im Schach gehaltenen, zu allem entschlossene Menge so weit zu beschwichtigen, daß der Platz gutwillig geräumt wurde.

Deutsch-nationale Kabarettisten sprangen Versammlungen, freien Versammlungsteilnehmer läßt an, betrunkene Gendarmenprinzen und abgetakelte Militärs prügeln ausländische Offiziere und schänden das deutsche Ansehen. Die Reaktion markiert! In München gar braucht die nationalsozialistische Menge nur etwas zu verlangen, und der rechtssozialistische Minister beugt sich, diese Forderungen dem Ministerrat vorzulegen und sich für ihre Durchführung zu verbürgen. Am 18. Januar antwortete man in Berlin den friedlich demonstrierenden Arbeitern in ganz anderer Weise. Die Schlussfolgerung überlassen wir unseren Lesern.

Fischbed und die Sozialisierung.

Die Sozialisierung „markiert“ wieder einmal. Herr Fischbed, der preussische Handelsminister, hat sich dieses Veranlassens Kindes der deutschen sozialistischen Revolution angenommen. Wer zweifelt daran, daß dieser Pflegevater an diesem kümmerlichen, verstoßenen Wesen zum Wüchling werden wird, wenn es seiner Dohr überantwortet bleibt? Ist doch Herr Fischbed einer der ältesten, mit allen Wassern gewaschenen politischen Kommiss des Kapitalismus.

Der Handelsminister hat durch Vermittlung des Oberbergamts in Dortmund an die Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt, es werde „zu prüfen sein, inwiefern ein dringendes Bedürfnis zu einer Änderung des Allgemeinen Berggesetzes für die preussischen Staaten vom 21. Juni 1865 vorliegt“, weil das Reichswirtschaftsministerium die Absicht habe, mit den Vorarbeiten für ein Reichsberggesetz zu beginnen. Herr Fischbed erachtet eine Änderung des preussischen Berggesetzes in drei Punkten „entgegenstehend“ und er ersucht darum die Arbeitskammern um eine Äußerung.

Der Herr Handelsminister wittert eine Strömung, die dahin geht, die Bergbaufreiheit vollständig zu beseitigen, also auch die Braunkohlen und Erze dem alleinigen Verfügungsrecht des Staates zu unterstellen. Gegen ein solches Beginnen hat Herr Fischbed natürlich Bedenken, denn er möchte auf keinen Fall den „privaten Unternehmungsgeist“ bei der Aufzucht und Gewinnung von Braunkohlen und Erzen ausgeschaltet wissen. „Es wird sich darum handeln“, fährt der Herr Minister fort, „einen Mittelweg zu finden, der den allgemeinen Sozialisierungsgedanken mit der Möglichkeit einer privaten Betätigung in dem volkswirtschaftlich gebotenen Umfange vereinigt. Verschiedene Wege sind denkbar. Zum Beispiel könnte erwogen werden, dem gemauwirtschaftlichen Interesse dadurch bei grundsätzlicher Fortsetzung der Bergbaufreiheit Rechnung zu tragen, daß er den Förder für die auszuwendenden Kosten zu entschädigen und ihm eine angemessene Fundprämie zu gewähren hätte. Eine solche Regelung würde zwar die Unternehmungskraft dämpfen, sie aber immerhin, namentlich wenn der Staat von seinem Nutzungsvorrecht keinen übermäßigen Gebrauch machen würde, nicht ganz ausschalten.“

So Herr Fischbed. Die Bergbaufreiheit, deren grundsätzliche Fortbestehen Herr Fischbed unbedingt wünscht, besteht darin, daß die Besitzenden den Grund und Boden erwerben können, unter dessen Oberfläche Erz- und Kohlenvorkommen festgestellt sind, wovon sie zugleich das Recht erlangen, die im Boden geborgenen Erze auszubauen. Eine Sonderart „Freiheit“ also, die auf die Beschränkung bleibt, die über viele Millionen verfügen, aber immerhin wertvoll genug, um im freiesten Lande der Welt von der Staatsgewalt und ihren Handlangern mit aller Sorgfalt gehütet zu werden, mit jener Sorgfalt, die die Republik stets aufwendet, wenn es sich um die Wahrung kapitalistischer Vorrechte handelt. Herr Fischbed will — offenbart — den Epitaphen des braven Unternehmungsgeistes dadurch verhindern, daß er die sogenannte Bergbaufreiheit erweitert, indem er auch dem Staat das Recht zur Teilnahme an dieser Freiheit geben möchte. Das heißt, die gegenwärtigen Nachhaber der Republik, sollen als vollwertige Kollegen der Schwerindustriellen anerkannt werden. Wie gnädig von Herrn Fischbed! Das soll geschehen, indem der Staat das Recht bekommt, dem „Förder“, d. h. den Besitzern des Bodens mit Erz- oder Kohlenvorkommen — das Recht zur Ausbeutung der Bodenschätze abzukufen. Er soll sogar das Vorrecht zum Kauf und zur Ausbeutung behalten, vorausgesetzt, daß er sich der gebotenen Rücksicht auf die Bedürfnisse des Großkapitals beseißigt und von seinem Recht „keinen übermäßigen Gebrauch macht“. Herr Fischbed möchte also, um dem Sozialisierungsgedanken — der Mann bedient sich wirklich dieses Ausdruckes — der Arbeiterklasse entgegenzukommen, eine neue Sozialisierungs-Komödie aufzuführen. Er läßt die Bildung eines Staatskapitalismus vor, dem er aber zugleich in seinem Säuglingsstadium die Knochen im Leibe zerbrechen möchte, um mit dem Leibe zu teilen.

Der zweite Punkt des Herrn Fischbed handelt vom Betriebszwang. Darunter wird ein Aufsicht- und

Einspruchrecht der Behörden über die Betriebsführung verstanden. Das den Prolet hat, die Betriebsleitung zur rationalen Betriebsführung im Interesse des Gemeinwohls anzuhalten. Das Eingreifen der Reichsbehörden in die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau mit dem bekannten Ergebnis der Schlichtungsverlängerung war so eine Art ad hoc inszenierter Aktion des Betriebszwanges. Und diese Aktion war zugleich ein Verstoß dafür, wie im neuen Deutschland die Staatsbehörden von einem solchen Recht Gebrauch machen würden. Bei vernünftiger, vor allem nicht einseitig unternehmerfreundlicher Handhabung kann ein Betriebszwang jedoch von Vorteil sein.

Herr Fischbeck erklärt, daß die Förderung unabweisbar sei, und er erinnert daran, daß in Bayern letzthin ein stärkerer Betriebszwang Gesetz geworden ist. Aber er verspricht zunächst eingehende Prüfung, und da das erstens lange zu dauern pflegt, und weil zweitens die Unternehmung durch die Manieren, mit denen der Staat von einem Durchbruch des Betriebszwanges gegebenen Recht Gebrauch machen würde, nicht sehr erwidert werden würden, dürfte von einer „Beunruhigung des Bergbaues“, die Herr Fischbeck, in der üblichen Anwendung von Angst vor der eigenen Courage, fündet, einstweilen nicht die Rede sein.

Ueberhaupt wird der Handelsminister mit derartigen Goldarbeiten und Schwachheiten auf die Industriellen keine Wirkung ausüben, es sei denn, daß er einen Heilerfolg davonträgt. Diese Leute müssen anders angepackt werden. Und wie das zu geschehen hätte, das haben die Arbeiter- und Angestellten-Vertreter in der Arbeitskammer Herrn Fischbeck in einer Entschliebung gesagt, die das Ergebnis der von ihm angeregten Erörterung war. Die „Bergarbeiter-Zeitung“, die über den ganzen Vorgang berichtet und auch das furiose Schreiben des Handelsministers veröffentlicht, teilt diese Entschliebung mit. Sie teilt ferner mit, daß sämtliche Berufsvertreter in der Arbeitskammer sich gegen die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts, gegen das erweiterte Verfügungsrecht des Staates an den volkswirtschaftlich wichtigen Mineralien, das Herr Fischbeck in seinem dritten Punkt in Vorschlag bringt, und gegen die Verschärfung des Betriebszwanges erklärt haben.

Einen ganz entgegengesetzten Standpunkt nahmen die Bergarbeiter (10 Verbände, 6 Christliche und 4 polnische Gewerksvereine) und mit ihnen 9 von 10 anwesenden Angestelltenvertretern ein. In der Entschliebung kam die Auffassung der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck.

Sie erklärt zunächst die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts für eine „dringliche Angelegenheit, die keinen weiteren Aufschub vertragen kann“. Das war nötig, denn es liegt die Vermutung nahe, daß Herr Fischbeck den ganzen Aufwand an Worten nur vertut, um durch einige Fiktionen am preussischen Gesetz einen Vorwand für die Ausschließung der reichsgesetzlichen Regelung zu schaffen. Dann weist die Erklärung dem Minister nach, daß seine Wünsche in vielen Punkten ausgesprochen reaktionär sind. Die Arbeiter und Angestellten erklären dazu:

„Die Anregung in dem Ansuchen des Handelsministers, die „Freierklärung“ bestimmter Bergbaubetriebe betreffend würde, gesetzgeberisch verwirklicht, letzten Endes auf die Aufhebung selbst der unzulänglichen Einschränkungen der privatkapitalistischen Bergbauwirtschaft hinauslaufen, die in den preussischen Berggesetzen von 1903 und 1907 vorgenommen wurden. In den „frei erklärten“ Betrieben würden sich wieder die kapitalstärksten Unternehmer die Herrschaft sichern und so abermals die Bergbaufreiheit illusorisch machen.“

Der letzte Satz dieses Abschnittes zeigt zugleich noch einmal, was es mit der von Herrn Fischbeck gebieteten Bergbaufreiheit in Wirklichkeit auf sich hat. Dann fährt die Entschliebung der Arbeiter fort:

„Wir beschwören nur eine gesetzliche Regelung des Bergwerkseigentums, die das Eigentumsrecht der Allgemeinheit und nur ihres Ruhensrechtes an der Verwertung der in Betracht kommenden Bodenschätze ungewidmet“

festlegt (Sozialisierung). Nach unserer Ansicht muß eine solche allein zeitgemäße Reform des Bergrechts und der Bergbauwirtschaft reichsgesetzlich so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Daneben könnte das Recht des Staates in der Übergangszeit für bestimmte Gebiete, die Ausfindung und Gewinnung der Mineralien in bestimmtem Umfang gegen Entgelt und auf Zeit Privatpersonen zu übertragen, bestehen bleiben.“

Wir halten auch die Einschränkung im letzten Satz für überflüssig. In einem anderen Abschnitt fordern die Arbeiter und Angestellten:

„Die volkswirtschaftlich wertvollen, abbaubaren Bodenschätze sind lediglich dem Verfügungsrecht des Staates bzw. des Reiches zu unterstellen. Alle dem entgegenstehenden Sonderrechte sind aufzuheben. Eine Entschädigung der Privatbergbesitzer für die Beseitigung ihrer längst veralteten Ständerechte würde dem Reichsbürgern der dreien, durch den Krieg verarmten Volksklasse ins Gesicht schlagen.“

Im übrigen stimmt die Erklärung der Ausdehnung des Betriebszwanges zu.

Wir begrüßen lebhaft die Haltung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter und glauben vor allem in ihrer Einmütigkeit ohne Unterschied der Organisationsrichtung einen Fortschritt erblicken zu können. Leider ist die Freude an diesem Auftreten nicht ungetrübt. Der Einfluß der Bergarbeiter hat sich zu oft als zu schwach gezeigt, weil die Organisationen im entscheidenden Augenblick versagten. Und nicht zuletzt der alte Bergarbeiterverband. Darum haben wir angesichts der sehr energisch klingenden Resolution das peinliche Gefühl, daß kein rechter Wille dahintersteht. Wir sind keineswegs Gegner einer überlegenen ruhigen Taktik der Gewerkschaften, aber das Erwägen darf nicht zur Lähmung des mutigen Wagens ausarten. Wir fürchten, daß es im Bergarbeiterverband der Fall ist. Numbaste Führer des alten Verbandes, so Hue, Köfler, Sadie, betätigen sich eifrig als freiwillige Regierungskommissare oder sie sitzen in amtlichen Stellungen, in denen ihr Wille gebunden ist durch Rücksichten der Staatsklugheit, was bei uns gleichbedeutend ist mit Rücksichten auf Unternehmervorrechte. Wir haben den Eindruck, daß das auf die Haltung der Organisation abfällt. Solange das der Fall ist, fehlt uns der rechte Glaube an den Ernst einer solchen Resolutionsaktion. Sie genügt bei weitem nicht, wenn es nicht gelingt und nicht beabsichtigt ist, die Massen der Bergarbeiter für die Idee der Entschliebung mobil zu machen und zu gegebener Stunde ins Treffen zu führen.

Der tolle Hohenzoller.

Noch nicht in Schutzhast?

Wie die „Neue Berliner“ mitteilt, war in den heutigen Vormittagsstunden Prinz Joachim Albrecht noch nicht in Schutzhast genommen. Er befindet sich vielmehr nach wie vor in seinem Palais in der Wilhelmstraße. Ob eine Schutzhast erfolgen wird oder nicht, entscheidet sich in den Nachmittagsstunden.

Die Nachricht kommt durchaus nicht überraschend. Wenn es gilt, einen leidenschaftlichen Hohenzollernprinzen in Schutzhast zu nehmen, kann man Rosse unmöglich die gleiche Energie und Schnelligkeit zumuten, wie bei Arbeitern und linksstehenden Politikern.

Das Polizeipräsidium läßt mitteilen: Die Zeugenaussagen stehen sich vorläufig durch aus widerspruchsvoll gegenüber. Die Begleiter des Prinzen Joachim Albrecht erklären im Gegensatz zu den Angestellten des Hotels, daß die Behauptungen des Prinzen wahr seien, wonach er sich an den Provokationen der Entenmitgliedern in keiner Weise tätlich beteiligt habe.

Weitere Heldentaten des Prinzen.

Der Hohenzollernprinz benimmt sich schon seit langer Zeit in provokierendster Weise im Hotel Adlon gegen alle Ausländer.

Vor etwa vierzehn Tagen näherte er sich einem an Rücken gehenden Amerikaner, der beim Abspielen des Vielles „Deutschland, Deutschland über alles“ sich nicht vom Fische erhob, und befahl ihm in brüstem Tone, aufzustehen. Als dieser sich

mit der Begründung weigerte, daß er seine heimlichen Sitten pflege, wiederholte der Prinz seine Aufforderung zum zweiten Male. Der Amerikaner erklärte daraufhin, daß er ihm seine Kränchen um die Ohren schlagen würde, wenn er sich nicht von Tisch entfernte. Eine ähnliche Szene ereignete sich mit einem Holländer. Die Direktion des Hotel Adlon teilt mit, daß bei dem Vorfall vor einigen Wochen nicht der gestern zu Schaden gekommene Kapitän Klein, sondern ein französischer Kurier, der in einem Krasstwagen vor dem Hotel vorfuhr, beteiligt war. Dieser geriet in Streit mit dem Chauffeur und ließ dabei wesentlich an General Hoffmann an, der gerade im Begriff war, das Hotel zu verlassen. Obgleich er sich sofort entschuldigte, erregte sich General Hoffmann in recht lauten Ausdrücken. Er rief er aus: „Ja, bin General Hoffmann und muß mich hier von diesem Franzosen antreiben lassen!“ Die drei Herren der französischen Mission, die gestern verprügelt wurden, sind recht arg zugerichtet. Jedoch ist keiner von ihnen bettlägerig.

Prinz Joachim-Albrecht, dieses edle Reis am Hohenzollernstamm, hat eine würdige Vergangenheit. Schon früher hat er sich durch seine ausfällige Art unliebsam bemerkbar gemacht. Auch in den Berliner Nachtkabarets war er vor seiner Verheiratung mit der Schauspielerin Marie Zulger eine oft gesehene Erscheinung. Schon einmal ereignete sich im Denkafino beinahe ein Skandal, der auch einer Nationalhymne wegen, in diesem Fall aber der schwedischen, ausbrach. Der Prinz war dort mit zwei anderen Herren in recht animiertem Zustand erschienen und verlangte von der Kapelle, daß sie die schwedische Nationalhymne spielen solle. Als der Dirigent darauf erwiderte, daß er nicht in der Lage sei, dem Verlangen nachzukommen, da der Kapelle die dazugehörigen Noten fehlten, wurde der Prinz ausfällig, und nur den Bemühungen der Gäste und des Wirtes gelang es, größere Störungen zu vermeiden.

„Animierter Zustand“, das scheint die Hauptverfassung des prinzipialen Nadelnbroders zu sein. Er vereinnahmt so recht die Stammeseigenschaft der Hohenzollern: Erst besoffen, dann frech und hinterher — feige.

Finnland und Rußland.

Auch zwischen Finnland und Rußland scheint es zu Friedensverhandlungen zu kommen. Der finnische Außenminister wandte sich wegen der kritischen Gebiete in Ostkaralien bereits nach Moskau, die Sowjettruppen möchten die Bezirke Repola und Porajeros nicht besetzen, da diese Gebiete sich selbstständig erklärt und unter finnischen Schutz gestellt hätten. Finnland sei bereit, die zurückstehenden Truppen der Nordrussischen Armee zu entwaffnen. Tschitscherin antwortete, daß die Sowjettruppen entsprechende Befehle erhalten hätten, betonte aber, daß dieses Zugeständnis nicht beliebig lange aufrecht erhalten werde und legte deutlich die Aufnahme von Friedensverhandlungen nahe. — Inzwischen ist diese Abmachung wieder in Frage gestellt durch den Rücktritt der finnischen Regierung. Der finnische Staatspräsident hat nämlich den Staatsrechtler Professor Erich mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Erich ist Gegner einer Verständigung mit Sowjetrußland. Die Sozialisten haben die Verständigung an der Regierung abgelehnt.

Streik in Nordfrankreich.

Bethune, 8. März.

Der Gewerkschaftskongress für die Departements Nord und Pas de Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Im Prozeß Eraberger gegen Hefflerich antworteten heute die Staatsanwälte Krause und v. Clausen auf die Ausführungen der Rechtsanwältin. Der Vorsitzende teilte vorher mit, daß für den Tag der Urteilsverkündung die Tribüne gesperrt werde.

Das Urteil im Nödling-Prozeß aufgehoben. Der Pariser Kassationshof hat das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Nödling aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Die Abstimmung in der zweiten Zone in Schleswig wird am 14. März stattfinden.

Der Herr Minister.

(Komödienhaus.)

Ein Lehrer, ein Mädchenschuldirektor, zieht gegen einen Volkminister vom Vöder. Er zahlt es ihm tüchtig heim, daß dieser „Prolet“ einmal ihr höchster Vorgesetzter war. Er „erledigt“ ihn glatt, indem er ihn zu einem Trottel macht. Eine gewisse Unabhängigkeit der Gesinnung und eine Portion Gutwilligkeit billigt er ihm schon berechnete zu, um ihn desto bösseriger der Rücksicht preisgeben zu können. So schreibt der Herr Lehrer und Direktor unter dem Schutznamen Paul Schirmer ein Stück, das er eine Komödie („Der Herr Minister“) nennt, das aber nur eine sehr platte und sehr langweilige Posse mit billigen Zeitanspielungen und aufgewärmten Antiquitäten ist. Im Grunde ein lapidares Unterhaltungsspiel, belächelt aber keine politische Satire, die man sich schon gefallen lassen könnte, (mag sie sich gegen die Puttkamer oder Jellisch, gegen Haensch oder Adolf Hoffmann richten), wenn sie nur aus der höheren Distanz, aus dem besterleichen Wachen aber dem überlegenen Witz eines wahrhaftigen Humoristen kamme. Das Publikum nahm aber am Sonnabend im Komödienhaus diesen Komödienerfolg, der sich wie Gerstenbrühe ist, als Gaunentat hin, und warf einen Mißbilligungsguß, der nach dem 3. Akt mit dem Hausstürzen gegen die blöden Geschmackslosigkeiten und den reaktionären Kaufmann protestierte, zum Tempel hinaus. Am liebsten wohl auch gleich die sozialistischen Minister selbst, die sich aber diesmal ferngehalten hatten. Daß heute ein so jämmerlich unästhetisches Nachwerk, eine derartig plumpe Verhöhnung und Verzerrung sozialistischer Kulturpolitik eine literarische Bühne und bühnenmäßigen Beifall findet, ist ein trauriges Zeichen der Zeit, in der sich mit der Reaktion die Spießbürger wieder abtaufen befinden. In der Tat: Sie finden in Hindenburg als Reichspräsidenten ihren richtigen Mann.

Es geht nicht nur um die Person. Der „Herr“ des Stückes, der am Tage des Umsturzes telephonisch (1) zum Kultusminister berufene sozialdemokratische Stadtvorordnete und Abgeordnete, ist nur die Vorführung, um dahinter den Lappen des alten Schulprogramms zu schwingen. Bei einer Tasse Bohnentafel mit Kappläusen folgt die erste Szene an, mit einer simplen Verlobung in der Familie über es auf. Dazwischen aber liegt die programmatische Compilierung des Publikums mit revolutionärenden Reden und Verherrlichungen. Der neue Kultusminister verbeißt sich in Fremdwörtern und Sprachschöpfungen, macht

sich überall lächerlich und verzichtet bereits am ersten Abend auf sein hohes Amt. Und warum? Weil er sich in der „sozialen“ Gesellschaft nicht zu benehmen weiß (älteste Lustspielmachelei), und weil er gleich am ersten Tage seiner Amtsführung nichts Besseres zu tun hatte, als ein Mädchenschulprogramm zu inspizieren und dort (wo sein Schulkolleg „gebildet“, dafür aber auch revolutionärendlicher Sohn Direktor werden will) sich von der bonalen Schulgadererei habgütiger Primamerinnen derart imponieren zu lassen, daß er angesichts der hohen Weisheit dieser Wänschen erklärt: Hier (also bei Herrn Schirmer) seien die wahren Genies; sie taugten zum Minister besser als er, der auf der Volksschule zu wenig gelernt habe. Das einzig Komische an dieser Komödie ist die ausgebliebene Ständewürde und eitle Wichtigkeit, mit der der Verfasser einen ganzen Akt lang seine Auffassung über Goethe und Friedrich den Großen den armen Hörern einpaukt. Wer bei dieser Aktion nicht zum alten Regime bekehrt wird, der wird verurteilt, bei Herrn Schirmer in die Schule zu gehen. Der schimpft auch wieder über die „laufige Politik“, lobt die alte Bürokratie und läßt sozialdemokratische Kulturauffassung nur durch die immer wieder hingeschmetzten Worte „Kapitalist“ und „Militarist“ zum Ausdruck kommen. Dann folgt er wehmütig mehrmals „und draußen ist Revolution“, wo doch am Fenster der Schulstube die Damentafel sinnig blühen, Lehrer und Schüler im alten Regime völlig glücklich dahinsinken und sein Sohn die geliebte Karteskollegin heimführt. Der volkstümliche Eintagsminister legt brot sein Amt nieder, rüsst zum Hochzeitsmahls und verbeißt die Weisheit.

Max Ballenbergs verächtliche feine große Kunst an die dem Autor mißratene Figur. Gestig bewegt, dann wieder klug geäußert, war er zwar nicht ganz in seinem Element, aber doch allen Menschlichkeiten nahe. Als invalider Kausaltheater des alten Systems glänzte neben ihm skaf charakterisierend Herr Picha in einer Episode. Nur eine Charge, aber das war gute alte Schule.

Die neue Erziehung der sozialistischen Gesellschaft.

Je mehr die praktische Kleinarbeit des um den Sozialismus kämpfenden Proletariats die Köpfe revolutioniert, desto mehr wird man sich auch der Bedeutung der Erziehung in diesem Kampfe bewußt werden, desto mehr wird die Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen der Schule verschwinden müssen. Dieser Aufklärungsarbeit dient auch die im Verlage der Tribüne, Erfurt, erschienene Propagandachrift des Genossen Neubauer: Die

neue Erziehung der sozialistischen Gesellschaft. Der Titel könnte die Meinung erwecken, als ob es sich hier um eine der vielen utopischen Phantasiegemalereien handelt, mit denen ein Sozialiswärmer sich aus der Welt der harten Wirklichkeit flüchtet. Doch gerade das Gegenteil ist der Fall. Auf dem Boden nüchternen Betrachtung des Ausbeutersthemens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erhebt sich das düstere Bild der sozialen Not des Proletariats, Wohnungsnot, Unterernährung, körperliche, geistige und moralische Verfall, in scharfen und deutlichen Umrissen wird die Klassen- und Ständeschule gezeichnet. Ihre Bevorzugung des Gebildeten, ihre Gesinnungsdressur, ihre Verkennung der Arbeit, besonders der körperlichen Arbeit. Doch das alles geht mit der Wirtschaftsordnung im engen Zusammenhang; erst von der planvollen sozialistischen Bedarfswirtschaft ist radikale Hilfe zu erwarten, erst mit dem Siege des Sozialismus hat die Befreiung der proletarischen Jugend geblüht.

Die Schrift ist klar, einfach und überzeugend geschrieben. Sie kann in der Agitation gute Dienste leisten.

Reisende Tänze führte Charlotte Mara am Sonntag mittag den Besuchern im Kammerpfeife vor. Mehr eine Geberden- und Bewegungssprache, mittelalterlichen Legenden und gotischer Heiligengemalerei entnommen, als tanzende Gebet der Wälder aus der Rusli. Eine stercliche, wenn auch etwas fähle Wirkung ging von diesen Darstellungen aus, die im Rahmen einer intimen Veranstaltung ihre erregende Innerlichkeit noch stärker übertrugen würde.

Das Neue Volkstheater (Adenider Straße 88) wird am Freitag, den 12. März, mit Herman Heisermanns Schauspiel „Die Hoffnung auf Segen“ eröffnet.

Aufwändige Bühnenaufführungen. In den Hamburger „Kammerpielen“ fand der Hamburger Dichters und Theaterreferenten unseres dortigen Parteibüros Arthur Sahel ein Tanzpoem „Galante Fontaine“ mit der Musik von Arnold Winckeln eine freundliche Aufnahme. — Das Stadttheater in Münster bringt noch im März eine neue Oper „Sappho“ des Komponisten Paul Nischwitz nach einer Bearbeitung des Grillparzerischen Dramas zur Aufführung. — Der ewige Mensch, ein Drama von Alfred Weust, der an Berliner Bühnen bisher nicht aufgeführt wurde, wird am 12. März am Stadttheater zu Halberstadt zum ersten Male gegeben.

Professor Dr. Max Härtlinger, der bedeutende Vertreter der vergleichenden Anatomie, ist gestern in Heidelberg gestorben.

Die Anfragen in der Nationalversammlung.

In der Freilegung der Nationalversammlung hatte Genosse Kunert mehrere Anfragen an die Regierung gestellt, die überhaupt nicht oder in schnöddrigem Tone beantwortet wurden. Die Ergänzungsanfragen, die Genosse Kunert im Anschluß daran stellte, hat die parlamentarische Berichterstattung unterschlagen. Sie hatten folgenden Wortlaut:

1. Ist die kaiserliche Regierung bereit, darauf Antwort zu geben, daß sie unbedingt verpflichtet ist, hier im Parlament sachlich Rede und Antwort zu stehen?

2. Ist die Regierung mit sich einverstanden, ihre Schritte, bez. Sowjetregierung feindselige und dem deutschen und russischen Proletariat schädliche und verfehlte Politik endgültig aufzugeben?

3. Wenn die Regierung der Ansicht war, daß der Friedensstand mit Rußland noch besteht, wie konnte sich dann die Regierung auf das Dekret vom 1. März, einen herausfordernd kriegerischen Akt, einlassen?

4. Ist es der Regierung nicht bekannt, daß durch die deutsche Unterbrechung unter den Frieden von Versailles der Friede von Brest-Litowsk für ungültig erklärt und tatsächlich aufgehoben wurde?

5. Ist sie bereit, die in der Hauptfrage angebotenen Konventionen zu ziehen: Abschluß eines neuen, eines geschlossenen Friedens mit Rußland?

Auf die Anfrage, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um künftige Robeiten uniformierter Verbände in öffentlichen Versammlungen zu verhindern, hatte Herr Noke „wegen des Tones“ die Antwort verweigert. Genosse Kunert fragte nun ergänzend weiter:

Ich frage den Herrn Vertreter der Regierung, ob ihm das bekannt ist, was ich als bekannt bei der ersten Frage vorausgesetzt habe, nämlich, Sie haben die amtliche Pflicht hier zu antworten als Vertreter der republikanischen Regierung innerhalb des Parlaments der Deutschen Republik. Das hängt nicht von Ihnen ab, ob Sie Antworten geben wollen oder nicht. (Anrufe und Zurufe: Ergänzungsfrage!) Ich frage also ergänzend weiter — ich habe hier keine motivierten Behauptungen aufzustellen, ich habe leider nur zu fragen: Ist der Regierung klar, daß es sich am 2. Februar um einen typischen Fall handelte, da gleiche oder ähnliche Erscheinungen der Unzufriedenheit in einer erheblichen Anzahl von preussischen, sächsischen, württembergischen, bayerischen Städten sowie in Hamburg usw. bemerkt worden sind, Vorkommnisse, die teils von unzureichend-richtigen reaktionären Mählungen, teils von rückwärtigen politischen Banditen verübt worden sind, deren Parteizugehörigkeit nicht näher angegeben zu werden braucht. Was gedenkt die Regierung in dieser Situation zu tun? — Darauf haben Sie keine Antwort; deshalb verzichte ich vorläufig.

Genosse Kunert hat nunmehr beim Präsidenten der Nationalversammlung beantragt, die unbeantwortet gebliebenen Anfragen auf die Tagesordnung der nächsten für Anfragen bestimmten Sitzung zu stellen.

Dieser Vorgang zeigt deutlich, welche Vorstellung die „demokratische“ Regierung von ihren Pflichten und den Rechten der ihr unbedingten Abgeordneten hat.

Ausschreitungen der organisierten Unternehmer.

Die bürgerliche Presse macht ein ohrenbetäubendes Geschrei darüber, daß die Arbeiterkassen angeblich die legal geschaffenen Betriebsräte zu illegalen, zum Sinn des Gesetzes im Widerspruch stehenden Zwecken benutzen will. Sie verweist darunter des Bemühens der Arbeiter, die Betriebsräte zur größtmöglichen Steigerung ihres Einflusses zu bewegen. Sie verneint, daß das Gesetz bestimmt, der Betriebsrat habe darüber zu wachen, daß die Betriebsführung nicht wegen des Gemeinwohl verstoße. Diese Bestimmung kann, geschickt angewendet, dem Betriebsrat reiche Gelegenheit geben, im Sinne des Gemeinwohls, d. h. gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, die immer gegen das Gemeinwohl verstoßt, zu wirken. Und ein solches Wirken wäre durchaus im Sinne des Gesetzes.

Weniger aufregend ist es für die bürgerliche Presse, daß die Unternehmer den Kampf gegen die sachgemäße Anwendung des Gesetzes mit allen Mitteln, bis zur Stilllegung der Betriebe, organisieren. Ein Beweis dafür ist ein

Wilhelm von Abundien.

(Von Kaspar Hauser.)

Herr Rechtsanwält, preße den Helm ins Haar!
Wart um dein lichtblau Schwert!
Zieh an den schwarzen Seidentalar!
Und schaffe dir Auto und Pferd —!

Und der Rechtsanwält rollt in die Reichshauptstadt:
Ganz Deutschland hört ihn handeln.
Mit der Instruktion, die er bei sich hat,
Wilt er Schloß und Land und Gut und Stadt
In Privateigentum verwandeln.

Und siehe! Es gelingt! Denn die Republik
Ist doof im Prozedieren.
Gewiß, er war etwas schuldig am Krieg —
Aber das kann jedem passieren.

Nimm hin! Nimm hin! Den Centner Mark!
Nimm hin Million auf Million!
Dies ist dein Band, wie es immer war:
Es radert für deinen Thron.

Nimm hin! Nimm hin! Es geht uns schlecht!
Es hungert der Schneidein.
Du bist aus armen Burggrafengeschlecht —
Du sollst unser Kaiser sein!

Herr Cassel verbeugt sich vor Majestät;
Zur Verdauung tut er das gern.
Er lauscht mit dem Köpfchen schief gedreht
Auf die Stimme seines Herrn.

Und es liegt ein Band in tieferer Not,
In Blut und Tränen und Schmerz.
Doch im Portemonnaie, das schwarz-weiß-rot,
Liegt Kaiser Wilhelms Herz.

Das der nächsten Nummer der „Weltbühne“.

Mundschreiben der Vereinigung Kölner Arbeitgebervereine, das den Plan enthüllt. In dem Schriftstück heißt es:

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Industrie haben auf Grund der Protestkundgebung vom 11. Dezember 1919 einen Aktionsausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat, die Interessen der Unternehmer bei der Durchführung des Gesetzes mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos zu wahren. Diefem Ausschuss gehört für das besetzte Gebiet der Vorsitzende der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände, Herr Generaldirektor Dr. Langen, an.

Die erste Sitzung des Ausschusses fand bereits am 2. d. M. statt, in der zwar einstimmig zum Ausdruck gebracht wurde, daß zur Zeit von einer Befürwortung der Stilllegung von Betrieben abgesehen werden müsse, weil unter den gegenwärtigen Umständen die Minderung der Wiederverzögerung und damit die noch größere Rohmlegung der deutschen Wirtschaft das schwerwiegendere Übel sein würde, in der es aber als Aufgabe der gesamten Verbände betrachtet wurde, das zum Zwecke einer einheitlichen Auslegung des Betriebsrätegesetzes eine umfassende Aufklärung über die Grenzen seiner Wirksamkeit vorgenommen wurde. Nach dieser Sitzung müsse es Pflicht der Verbände und Firmen sein, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse unbedingt zu befolgen.

Unter keinen Umständen darf nach Auffassung des Ausschusses in Tarifverträgen und sonstigen Vereinbarungen irgendwelches Zugeständnis über die Gesetzbestimmung hinaus gemacht werden.

Alle diese Absichten stehen in schroffem Widerspruch zum Gesetz und zum Gemeinwohl. Auch der Kampf gegen die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durch Tarifverträge ist ungesetzlich.

Wenn es mit rechten Dingen zuginge in der deutschen Republik, dann müßten die „intellektuellen Urheber“ solcher Ausschreitungen in Schutzhaft genommen und die Bureaus der Unternehmerverbände mit Truppen besetzt werden. Wir haben indes zur revolutionären Arbeiterschaft das Vertrauen, daß sie auch ohne Staatshilfe mit den streikenden Unternehmern fertig werden wird, vorausgesetzt, daß die Staatsgewalt der Arbeiterkassen bei solcher Betätigung zum Wohle der Allgemeinheit nicht in den Arm fällt.

Gewerkschaftliches.

Gesamtvertrauensmännerversammlung der Schneider.

Die am Sonnabend tagende allgemeine Vertrauensmännerversammlung der Schneider befähigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die unbesetzten Mitglieder des Hauptvorstandes. Die Liste, die der Verbandsgeneralsammlung im April vorgelegt ist, soll von einer am 17. März stattfindenden Mitgliedereversammlung bestätigt werden. Genosse Schumacher wies darauf hin, daß die Verbandsgeneralsammlung unter Umständen, wegen der gegen die Berliner Ortsgruppe künstlich erzeugten Stimmung, den Hauptvorstand von Berlin verlege. In diesem Falle würde die Berliner Ortsgruppe keine besonderen Anstrengungen machen, daß der Hauptvorstand in Berlin verbleibe. Nach Aufstellung der Kandidatenliste erläuterte Genosse Lehmann das Betriebsrätegesetz im allgemeinen und die Wahlordnung im besonderen. Der kommende Verbandstag habe Mittel bereits zu stellen, um den Betriebsräten die notwendige Schulung zukommen zu lassen. Die zu wählenden Betriebsräte müssen von revolutionärem Willen und revolutionärer Kraft besetzt sein. Die Kandidaten seien auf Herz und Nieren im Punkte Charakter und Minderjährigkeit zu prüfen. In der kurzen Aussprache empfahl eine Kommunistin, die revolutionären Elemente nicht in die erste Reihe zu stellen, da sie der kommenden Reaktion ans Messer geliefert würden. Die Rednerin wurde von einem Parteifreunde deshalb der Feigheit geziehen.

Der Streik in der Strohh- und Damenhutindustrie beendet.

In einer Versammlung der Streikenden wurde über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß berichtet, darnach haben die Vertreter der Arbeitgeber weitere Zugeständnisse gemacht und zwar anstatt wie bisher 10 Proz., 40 Proz. Feuerzulage für das ganze Reich. Für Berlin eine besondere Zulage von 10 Mark pro Woche. Für Akord auf den Grundlohn, anstatt wie bisher 160 Proz., 185 Proz. Für die Umreifbetriebe; auf den bisherigen Wochenlohn von 160 Mark eine Feuerzulage von 30 Proz., außerdem 10 Mark pro Woche als Zuschlag; für die Näherinnen auf Akord 15 Proz. Zuschlag. Für die Herrenhüteparaturbetriebe wollen die Arbeitgeber über 200 Mark für Männer, und 100 Mark für die Garnierinnen nicht hinausgehen.

Stürmische Entrüstung machte sich in der Versammlung geltend, als man der Versammlung mitteilte, daß die Arbeitgeber die Urlaubstage nur noch davon abhängig machen wollen, wenn Lohrerhöhen gemacht werden.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Für die Aufnahme der Arbeit stimmten 333, für Streik 206; 24 waren gesplittet. Es wurde beschlossen, Montag früh die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Die Fachgruppe der Warenhaus-Angestellten des Zentralverbandes der Angestellten versammelte sich am Freitag, um den Tarifentwurf, den der Fachgruppenleiter Jacobowitz vorgelegt, zu besprechen. Mit geringfügigen Abänderungen wurde dem Entwurf zugestimmt.

Nach einem Referat über das Betriebsrätegesetz wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, worin die Versammlung erklärte, daß sie nicht gewillt ist, sich mit dem absolut unzureichenden Betriebsrätegesetz abzufinden. Sie verpflichtet sich, dafür einzutreten, bei den kommenden Tarifverhandlungen unter allen Umständen dahin zu wirken, daß das bisher erzwungene Mitbestimmungsrecht den Angestellten der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte erhalten bleiben muß. Sie verpflichten sich weiter, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung ihrer erworbenen Rechte zu kämpfen.

Abschluß der Lohnbewegung in der Lieferungsbranche. Am Sonnabend abend berichtete in einer Versammlung der Lieferungsbranche Genosse W. Lehmann über die Schiedsgerichtsverhandlungen. Nach längerer Aussprache beschloß die Versammlung, den Schiedspruch anzunehmen. Die Versammlung nahm weiter Kenntnis von den Auerungen des Ständes der Arbeitgeber Dr. Wittenberg, der nach den Verhandlungen in Erregung über den Schiedspruch die Arbeitnehmer als Galunken bezeichnete und von „an bis Wand stellen“ sagte. Wir möchten dem Rechtsvertreter der Arbeitgeber dringend raten, seine Junge etwas zu zügeln, denn nicht alle Arbeiter betrachten dieses kindische Gezeife als solches.

Die Buchdrucker in Bremen haben den Schiedspruch des Reichsarbeitsamtes abgelehnt und beschlossen, falls die Prinzipale die Forderung, Erhöhung der Löhne um 60 Proz. nicht bewilligen, am Dienstag in Streik zu treten.

Groß-Berlin.

Die Elternbeiratswahlen.

Die gestern in Berlin stattgehabten Elternbeiratswahlen haben bewiesen, daß die Rechtssozialisten in Berlin immer mehr an Boden verlieren. Trotz lebhafter Agitation, trotz aller Herabsetzung der Unabkömmlichen im „Vorwärts“ und in ihren Flugblättern ist ihre Niederlage eine außerordentliche. Eine vollständige Uebersticht über die Zahl der abgegebenen Stimmen ist noch nicht möglich, da verschiedene Schulen noch ausstehen. Fest steht aber, daß die Zahl der Mandate, die wir errungen haben, die der Rechtssozialisten um das Dreifache übersteigt. Selbst der „Vorwärts“ muß als Teilergebnis melden, daß die Liste seiner Anhänger 200 Mandate mit 10 000 Stimmen erhalten habe, während unsere Liste 570 Mandate mit 24 000 Stimmen mußerte.

Die Agitation der Christlichen und Unpolitischen hat immerhin noch eine große Stimmengahl gezeitigt, und zwar über 600 Mandate mit etwa 30 000 Stimmen. Wenn alle Resultate vorliegen, werden wir die Ziffern zusammen geben.

Der „Vorwärts“ ist sehr klein geworden und schreibt in seiner Montagsausgabe:

„Wie wenig dieses Wahlresultat einen Maßstab für die politischen Machtverhältnisse in Berlin abgibt, zeigt deutlich, daß die Christlichen fast ebensoviel Stimmen aufgebracht haben wie die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen. Wir hoffen, daß bis zur nächsten Elternbeiratswahl alle diejenigen, die gestern die christlich-unpolitische Liste gewählt haben, einsehen, daß sie einen großen Fehler begangen haben. Für uns aber soll dieser Wahlausfall eine Lehre sein, in Zukunft mit mehr Energie und mit mehr Willen zum Sieg in den Kampf zu gehen. Wir können es uns nicht leisten, daß unsere Genossen den Wegern in gleichgültiger Weise das Feld überlassen, das zu bestellen ihre Pflicht wäre.“

Wir glauben auch, daß bei politischen Wahlen das Ergebnis noch vernichtender für die Rechtssozialisten sein dürfte. Je länger die allgemeinen Wahlen hinausgeschoben werden, desto schlimmer für diese Scheinsozialisten.

Hermesdorf 11. S. 124 Stimmen 5 Kandidaten, S. 3. 48 Stimmen 1 Kandidaten, Bürgerische 270. Stimmen 10 Kandidaten.

Aus Pankow wird uns geschrieben: Eine katastrophale Niederlage erlitten am Sonntag bei den Elternbeiratswahlen die Rechtssozialisten. Ganze 232 Stimmen gegenüber 1989 Stimmen für unsere Listen konnten sie aufbringen. In einigen Schulen waren sie nicht imstande, eine Kandidatenliste aufzustellen. In der Panlower Vorortzeitung, ihrem „Vorwärts“, forderten sie am Sonntag auf, in den Schulen, in denen sie keine Listen haben, die angeblich wegen Formfehler abgewiesen sein sollen, für unsere Kandidaten zu stimmen. In Wirklichkeit haben sie keine Leute, um Listen einzureichen. Die Arbeiter verlassen eben immer mehr diese Partei, da sie einsehen, daß dort der Sozialismus begraben wird. Es wird bald so weit sein wie unser Genosse Doma einmal den Rechtssozialisten in der Gemeindevertretung sagte, ihre Partei am Orte besteht nur noch aus den Gemeindevorstehern. In drei Schulen haben wir die absolute Mehrheit erreicht. Gewählt sind von uns 56 Kandidaten, von den Rechtssozialisten 5 und den vereinigten Bürgerlichen 88 Kandidaten. In der letzten Zahl ist aber die katholische Schule und die Mittelschule enthalten, wo wir von vornherein keine große Stimmengahl erwarteten. Die genauen Resultate folgen.

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Maßnahmen der Reichsregierung gestaltete sich die zu Sonntag mittag einberufene Versammlung der Seidler und Laubenkolonisten im Circus Busch. An Stelle des verhinderten Herrn Damaskoff sprach Herr Duban über die heutigen Möglichkeiten einer Siedlung. Von Namen der Laubenkolonisten Groß-Berlins sprach der Vorsitzende Steinweg, der sich in seinen Ausführungen scharf gegen die Aufhebung der Fahrpreiserhöhung für Laubenkolonisten wendet. Jährlich beträgt die Summen der durch die Laubenkolonisten herbeigekochten Lebensmittel nach den Friedenspreisen berechnet etwa 12 Millionen Mark. Etwa die gleiche Summe wird durch Wohnsiedler erzeugt, so daß im letzten Jahre für rund 25 Millionen Mark Lebensmittel produziert wurden; diese Erzeugung von Lebensmitteln wird durch die Aufhebung der Fahrpreiserhöhung auf 1/2 herabgemindert. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er nicht nur freie Bahn den Tüchtigen, sondern halbe Fahrpreise den Fleißigen. — Nach längerer Aussprache über die einzelnen Punkte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Regierung zur sofortigen Einbringung eines Heimstättengesetzes mit durchgreifendem Einsegnungsrecht für die Gemeinden gefordert wird. Ferner wird gefordert, die Vereinfachung ausreichender Mittel für die Siedlung, eine andere Politik in der Bauhoff-Prage, billige Löhne, Festsetzung der Reichsteuer nach den Familien- und Wohnverhältnissen und Zugewinnung von Interessentenvertretern zu den Beratungen. Die Resolution schließt mit den Worten: „Unser Volk kann nur gesunden, wenn es im Lande Wurzeln faßt.“

Ueber kosmischen und planetarischen Magnetismus wird am Mittwoch, den 10. März, 7 1/2 Uhr, Prof. Dr. Rippoldt unter Vorsitz von Richtsildern in der Dreptower Sternwarte sprechen.

Aus den Organisationen.

- 10. Bezirk, 2. Abteilung, Agitationskommission. Heute abend 7 Uhr Sitzung bei Blümke, Krommener Straße 3.
- 12. Bezirk. Die Vorkommnisse der Gewerkschafts- und Arbeiterkommission am Dienstag, den 9. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Gleimstr. 40 findet nicht statt.
- 13. Bezirk. Dienstag, den 9. d. M., abends 7 Uhr, Sitzung der Agitations- und Festungskommission bei Brand, Wilhelmshovener Straße 23. Thema: Betriebsratwahlen.
- Schöneberg. Bildungskommission. Montag, 8. März, abends 7 Uhr, Sitzung bei Rischmann, Gleimstr. 3.
- Neukölln. Rätekommission heute abend 7 Uhr bei Fischer, Eke Münchener und Jarstraße.
- Neukölln. Dienstag abend 7 Uhr Bezirkssparversammlung des 4. Bezirgs bei Welfner, Pannierstr. 59.
- Charlottenburg. Heute abend Kurus über Romulus in der Gueldestraße. Vortragener: Genosse Braunthal.
- Wilmersdorf. Dienstag abend 8 Uhr im Lokal von Meike, Oppenstraße 56, Sitzung der Geschäftsleitung, ebenfalls um 7 1/2 Uhr Sitzung des Aktionsrates.
- Zeitungskommission. Expedition Werner Dienstag abend 7 Uhr bei Ritsch, Friedberger Straße 1.

Bereinstellender.

Sozialistische Proletarierjugend, Agitationsbezirk Norden 1. Dienstag abend pünktlich 7 Uhr Zusammenkunft aller Delegierten bei Rau, Dandkerstr. 22. Stellungnahme zur Agitationswoche.

Verantwortlich für die Redaktion: Risto Wielepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, S. O. m. b. H., Berlin. — Druck der Platenbruderei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 12.

